

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann schlägt zur Tagesordnung folgende Ergänzungen vor.

Als TOP 5 möchte er die Beschlussvorlage 017/2017 – Stellungnahmen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017 des Landkreises Oder-Spree – hinzufügen.

Des Weiteren soll als TOP 10 die Beschlussvorlage 028/2017 – Umverlegung der AKA Erkner zum Standort GVZ Freienbrink - ergänzt werden. Demzufolge soll dann im nichtöffentlichen Teil als TOP 4 die Beschlussvorlage 029/2017 – Kauf eines Grundstückes im GVZ Freienbrink für den Neubau eines Wertstoffhofes mit Umschlagstation behandelt werden.

Der Landrat schlägt weiterhin vor, die Beschlussvorlage 030/2017 zur Übernahme einer (modifizierten) Ausfallbürgschaft in Höhe von 2,9 Mio € für die Seniorenheime des LOS gGmbH im nichtöffentlichen Teil als TOP 5 zu behandeln.

Herr Lindemann bittet die Abgeordneten dann um die Abstimmung der modifizierten Tagesordnung.

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.01.2017 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 25.01.2017 wird bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 3

Zu TOP 4 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree Hier: Erweiterung der Anzahl der Beigeordneten auf 3 Beigeordnete Vorlage: 018/2017

Herr Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler, kann nicht nachvollziehen, warum nicht einfach nur die vorhandenen Stellen neu besetzt werden können.

Herr Lindemann erklärt daraufhin, dass auf den Landkreis Oder-Spree umfangreiche Strukturmaßnahmen zukommen werden und dadurch in den Selbstverwaltungsprozess des Landkreises eingegriffen werden kann. Deshalb ist es wichtig, den Reformvorstellungen der Landesregierung mit einer breiten und stark aufgestellten Mehrheit zu begegnen.

Sichere Mehrheiten strebe er auch für die künftig zu treffenden wichtigen Beschlüsse an. Der Landrat erläuterte, dass der Beigeordnete nicht nur eine reine Verwaltungsfunktion verkörpere, sondern eben auch eine kommunalpolitische Funktion.

Da es hierzu keine weiteren Nachfragen gibt, bittet der Landrat die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 5 Stellungnahmen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017 des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 017/2017**

Herr Buhrke erläutert ausführlich die vorliegende Beschlussvorlage 017/2017. Er macht den Fraktionen das Angebot, dass er Ihnen bei Erläuterungsbedarf selbstverständlich zur Verfügung steht.

Herr Hilke, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagt, dass die Haushaltsberatungen in seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen sind und deshalb zu den Stellungnahmen der Gemeinden noch keine Aussagen gemacht werden können.

Herr Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler, kritisiert, dass die Vorlage den Abgeordneten zu spät vorlag, um verantwortlich darüber zu entscheiden. Da der Landkreis Oder-Spree finanziell gut aufgestellt ist, würde er die Absenkung der Kreisumlage von derzeit 40,3 % auf 39,8 % befürworten. Damit würden auch die Städte und Gemeinden des Landkreises mehr Spielräume für Investitionen erhalten.

Danach bezieht sich der Landrat auf die Ausführungen von Herrn Dr. Zeschmann und betont, dass mit der Vorlage eine möglichst einvernehmliche Lösung für alle Beteiligten getroffen werden sollte. Herr Buhrke verweist darauf, dass der Planentwurf 2017 mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren der Städte, Gemeinden und Ämter ausführlich diskutiert wurde. Daran nahmen auch Vertreter der Fraktionen und der Kreistagsvorsitzende teil.

Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, verweist auf die Diskussionen mit den Städten und Gemeinden und ist der Meinung, dass es dort „ein Stück ehrlicher“ zugegangen ist. Er verweist darauf, dass der Landkreis Oder-Spree nach dem Landkreis Dahme-Spreewald die niedrigste Kreisumlage im Land Brandenburg zu verzeichnen hat. Bei einer vernünftigen Haushaltsdiskussion sollte man die Einnahmen und Ausgaben nicht zerreißen. Bei einer Verringerung der Einnahmen müsse man überlegen, „was eigentlich nicht gemacht werden soll“, so Herr Dr. Pech.

Abschließend bittet der Landrat die Abgeordneten um die Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr
2017
Vorlage: 024/2017**

Die Beantwortung der Anfragen von Herrn Dr. Stiller liegen dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Herr Dr. Zeschmann verweist danach auf die Seite 4 der Vorlage und betont, dass es in einigen Städten und Gemeinden durchaus angespannte Haushaltssituationen gibt.

Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und der Landrat bittet die Abgeordneten um die Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 7 Jugendförderplan 2017 bis 2020 - Fortschreibung
Vorlage: 019/2017**

Zur Vorlage 019/2017 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Lindemann bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Änderung der Rechtsform des „Dialogforums Airport Berlin – Bran-
denburg“
Vorlage: 023/2017**

Herr Lindemann erläutert kurz die Beschlussvorlage 023/2017.
Er sagt, dass die informelle Plattform jetzt eine formale Grundlage bekommen soll.
Dadurch ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen für den Landkreis Oder-Spree, die Kosten werden weiterhin von der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH übernommen.
Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann sagt Herr Lindemann, dass die Beratungen eher einem Meinungsaustausch gleichkommen und es dabei keine wirklich greifbaren Ergebnisse gibt. Wichtig sei, dass durch einen regelmäßigen Informationsaustausch auch die Interessen des Landkreises Oder-Spree zur Sprache gebracht werden. Wie oft der Landkreis an den Beratungen teilgenommen hat, konnte er nicht konkret sagen. Hierzu muss zunächst mit Frau Gläser Rücksprache gehalten werden, die derzeit erkrankt ist.

Nach weiteren kurzen Diskussionen der Abgeordneten bittet der Landrat um Ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag..

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 9 Öffentlich rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt/Oder zur Durchführung eines Fachberatungsdienstes im Rahmen der Migrationssozialarbeit
Vorlage: 025/2017**

Der Landrat erläutert kurz die vorliegende Beschlussvorlage 025/2017.

Herr Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass in der Beschlussvorlage das Wort „Beschlussvorschlag“ fehlt und im Betreff ein Schreibfehler vorliegt. Hier muss es heißen: Frankfurt (Oder).

Herr Dr. Zeschmann begrüßt die Beschlussvorlage und hofft auf eine weitere gute kommunale Zusammenarbeit.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und der Landrat bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Umverlegung der AKA Erkner zum Standort GVZ Freienbrink
Vorlage: 028/2017**

Herr Dr. Zeschmann kann die Umverlegung der AKA Erkner nicht nachvollziehen, da der neue Standort für die Regionen Schöneiche, Woltersdorf und Erkner nicht mehr bürgernah ist.

Herr Dr. Pech verweist darauf, dass für die Bürger in der Region der neue Standort hinsichtlich der Erreichbarkeit denkbar ungünstig ist. Er betont, dass hier eine bürgerfreundlichere Lösung gefunden werden muss. Auch die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Investition von 4 Mio € für den Standort Freienbrink muss in diesem Zusammenhang nochmals überprüft werden.

Frau Prof. Böhm sagt, dass sie großes Verständnis dafür hat, dass der Standort Freienbrink besser besiedelt werden soll. Der Standort ist gut geeignet, da er sich auch nicht in einem Wohngebiet befindet. Frau Prof. Böhm gibt zu bedenken, dass man bei einer Annahmestelle auch zwischen kleinen Abfällen von Bürgern und den Abfällen von Gewerbetreibenden unterscheiden muss. Sie schlägt vor, eine Annahmestelle nur für Bürger mit kleinen Abfallmengen in Erkner zu belassen und den Standort Freienbrink für Gewerbetreibende zu nutzen. Abschließend verweist sie darauf, dass sich in Erkner auch ein privates Unternehmen für die Annahme von Grünabfällen befindet.

Frau Kilian, SPD-Vorsitzende, ist der Meinung, dass Freienbrink ein sehr guter Standort ist, da er außerhalb von Wohngebieten liegt und auch gut über die Autobahn zu erreichen ist.

Herr Hilke spricht sich dafür aus, dass eine Kleinstannahmestelle für die Bürger machbar und sinnvoll wäre und für größere Mengen sowie Gewerbetreibende der Standort Freienbrink gut geeignet ist.

Herr Umbreit verweist darauf, dass der Händler beim Neuerwerb eines Gerätes in den meisten Fällen auch eine Abgabemöglichkeit des alten Gerätes gewährleistet. Auch in Baumärkten besteht die Möglichkeit, Elektronikschrott kostenlos abzugeben.

Herr Buhrke begründet danach ausführlich die Beweggründe der Verwaltung für den Standort GVZ Freienbrink.

Herr Dr. Zeschmann stellt nach einer weiteren intensiven Diskussion der Abgeordneten den Antrag, die Beschlussvorlage 028/2017 zur Klärung in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Lindemann lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann abstimmen.

Abstimmungsergebnisse:

7 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen

zurückverwiesen

Rolf Lindemann
Landrat

Renate Wießner
Protokollantin